

Stand: 13.02.2026 15:03:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6853

"Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6853 vom 26.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7534 des HA vom 25.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/9016 vom 25.11.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 25.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Martina Fehlner, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die vom Bund bislang nicht übernommenen Kosten der Bayerischen Grenzpolizei dem Freistaat vollständig erstattet werden. Hierbei handelt es sich um

- die Kosten für die vom Bund in den Jahren 2020, 2021 und 2023 geforderte Einsatzunterstützungen durch die Bayerische Grenzpolizei,
- die Personalkosten für die an den Flughäfen Nürnberg und Memmingen durch die Bayerische Grenzpolizei wahrgenommenen Aufgaben des Bundes zwischen 2020 und 2023, die sich rechnerisch auf 42,5 Mio. Euro belaufen, sowie die ebenfalls entstandenen Sachkosten,
- weitere Kosten, die dem Freistaat ggf. in den Jahren 2024 und 2025 und darüber hinaus entstanden sind bzw. entstehen werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hierzu alle Möglichkeiten zu nutzen, wie

- eine unmittelbare Initiative des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration gegenüber dem Bundesminister des Innern,
- Übermittlung der Kostenrechnungen an den Bund,
- eindeutige Regelungen, damit der Bund ggf. künftige Kosten der Bayerischen Grenzpolizei übernimmt, wenn diese Aufgaben des Bundes wahrnimmt.

Begründung:

Grundlage ist der Jahresbericht 2025 des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH), der sich mit dem Haushaltsjahr 2023 befasst. Die Thematik wird dort in der Textnummer 43 dargestellt. Darin heißt es u. a.: „Der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebiets ist Aufgabe der Bundespolizei. Der Bund forderte 2020, 2021 und 2023 Einsatzunterstützungen durch die Bayerische Grenzpolizei an. Eine Kostenerstattung erfolgte hierfür nicht. An den Flughäfen Nürnberg und Memmingen nimmt die Bayerische Grenzpolizei Aufgaben des Bundes wahr. Die Personalkosten hierfür, die sich zwischen 2020 und 2023 auf rechnerisch 42,5 Mio. € belaufen sowie die Sachkosten trägt allein der Freistaat.“

In seinen Beschlussanregungen formuliert dazu der ORH: „Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 BayHO ersucht, (...) die an den Binnengrenzen durch die

Bayerische Grenzpolizei erbrachten Unterstützungsleistungen gegenüber dem Bund abzurechnen und für die an den Flughäfen Nürnberg und Memmingen übernommenen Kontrolltätigkeiten Verhandlungen mit dem Bund über eine Kostenbeteiligung zu führen.“

In der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen am 14.05.2025 zum ORH-Jahresbericht 2025 hat die Staatsregierung zur Textnummer 43 jedoch weder die Gesamthöhe der Forderungen genannt noch konkrete Initiativen angekündigt, wie und wann die bislang vom Bund nicht übernommenen Kosten eingefordert und final erstattet werden. Die Staatsregierung sollte hier dringend aktiv werden!



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer,
Volkmar Halbleib u.a. SPD
Drs. 19/6853**

**Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern
und abrechnen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**
Mitberichterstatter: **Daniel Artmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 25. Juni 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung –
Bereitschaft 2030
JOIN(2025) 120 final
BR-Drs. 156/25
Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge
JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25
BR-Drs. 167/25
Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion:
Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 120/25
Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

A

4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Aktionsplan für Stahl und Metall
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 169/25
Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer
COM(2025 79) final

BR-Drs. 131/25

Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Dekarbonisierung von Unternehmensflotten
COM(2025) 96 final
BR-Drs. 130/25
Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen
COM(2025) 88 final
BR-Drs. 135/25
Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs. 19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
COM(2025) 89 final
BR-Drs. 136/25
Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent

COM(2025) 165 final
BR-Drs. 209/25
Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs.19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze
13.05.2025 - 05.08.2025
Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH

11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion
("Data Union Strategy")
23.05.2025 - 18.07.2025
Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH

Anträge

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes
Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres
an Bayerischen Kliniken
Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen!
Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen!
Qualität im Gesundheitswesen verbessern!
Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.:
Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen
Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

17. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.:
Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln
Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

18. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.:
Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten
Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft
Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen – Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall
Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!
Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Kurorte in der Krise
Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Transparente und faire Versetzungsverfahren
und Stellenzuweisungen von Lehrkräften
Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einschleusung beenden!
Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der
Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen
Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen,
Demokratie stärken
Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren und „regulatorischen Sandkästen“ in Bayern
Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!
Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr
Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken
Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen
Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam mit den Kirchen handeln:
Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen
Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen
Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten
Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Augsburger Eiskanal erhalten!
Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas
Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern:
Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben
Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!
Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen!
Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüttig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schreibkompetenz verstärkt fördern
Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft des Augsburger Eiskanals sichern - verlässliche Trainings- und Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser
Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kommunale Selbstverwaltung achten:
Verbotspolitik der Staatsregierung beenden!
Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handels- und Transparenzregister
Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen
Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Gedenkort gegen Linksextremismus:
Die „Landshut“ nach Landshut holen!
Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!
Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie:
Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen!
Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine zweite Runde:
Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen!
Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei und Infrastruktur in Bayern
Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen –
Anstieg der Gewalt konsequent stoppen
Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ja zu Olympia in München und Bayern!
Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie:
Referenzierungsmodell beibehalten
Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung
Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Chance nutzen, Pendler entlasten!
Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale
Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung
durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum
Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern –
günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen!
Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen I:
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien
Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit
und Studierendenaustausch intensivieren!
Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe
an der vierstufigen Wirtschaftsschule
Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika
gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht
vor rassistischer Verfolgung
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Martina Fehlner, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD

Drs. 19/6853, 19/7534

Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harry Scheuenstuhl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Daniel Artmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Köhler

Staatssekretär Sandro Kirchner

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)

Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen! (Drs. 19/6853)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist wiederum Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss nicht bloß über Geldausgeben reden, sondern man kann auch mal über Geld-einnehmen reden. Das machen wir heute. Angesichts der Zustände, wie sie heute von Volkmar Halbleib beschrieben worden sind – ein Drittel der Polizeigebäude in Bayern ist sanierungsbedürftig –, ist dieser Antrag umso aktueller.

Es geht um ein Thema, das jede Steuerzahlerin und jeden Steuerzahler in Bayern betrifft: die Kostenübernahme der Landesgrenzensicherung durch den Freistaat. Bayern hat seit 2020 erhebliche Mittel vorgelegt, um Aufgaben zu erfüllen, die ganz klar Bundessache sind. Das behauptet übrigens nicht ich, sondern der ORH. Denn laut Bericht 2025 des Bayerischen Obersten Rechnungshofes hat der Freistaat allein im Zeitraum 2020 bis 2023 rund 42,5 Millionen Euro an Personalkosten und Sachaufwendungen an den Flughäfen Nürnberg und Memmingen getragen, ohne dass der Bund hier eine Rechnung bekommen hätte. Nach unseren fraktionsinternen Berechnungen fallen hier weitere 24,3 Millionen Euro jährlich seit 2024 an.

Hinzu kommen Kosten in Höhe von rund 11 Millionen Euro für Einsatzunterstützungen an der Außengrenze im Zeitraum von Oktober 2023 bis heute, für die bisher ebenfalls keine Erstattung beantragt wurde. Im laufenden Jahr, 2025, kommen weitere 8,76 Millionen Euro hinzu.

Rechnet man alle Posten zusammen, ergibt sich eine Summe von rund 110 Millionen Euro bis Ende 2025. Mit Blick auf die Zukunft drohen ab 2026 weitere Kosten in Höhe von 33 Millionen Euro jährlich.

Während Ministerpräsident Söder regelmäßig eine Benachteiligung Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern beklagt, zeigt der Bericht des ORH deutlich: Bayern benachteiligt sich hier nur selbst. Die Bayerische Grenzpolizei übernimmt seit Jahren Aufgaben des Bundes an den beiden genannten Flughäfen sowie an den Grenzübergängen zu Österreich und Tschechien. Für diese Einsätze fließt aber kein einziger Cent vom Bund zurück. Der Freistaat nimmt wissentlich über 100 Millionen Euro bayerische Steuergelder in die Hand, um Aufgaben zu erfüllen, für die er gar nicht zuständig ist, während an anderer Stelle dringend benötigte Mittel fehlen. Vorhin haben wir schon über Aufgaben gesprochen, für die er zuständig wäre, für deren Erfüllung aber kein Geld da ist: Schulen, Kitas, Ausbau der Infrastruktur, Polizei. Ich hatte neulich ein Gespräch mit Vertretern der Polizei, in dem sie sich über manche Zustände – über manche; es ist nicht überall so – beklagt haben.

Sie, liebe CSU und liebe FREIE WÄHLER, zwingen die Kommunen dazu, freiwillige Leistungen immer weiter zurückzufahren, weil Sie nicht in der Lage sind, eine Rechnung zu stellen. Sie könnten ja dieses Geld den Kommunen zukommen lassen.

Die CSU argumentiert, dass die Bayerische Grenzpolizei zusätzliche Aufgaben übernehme, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, und dass dies freiwillige Leistungen des Freistaates Bayern seien. Doch wir sprechen hier von klaren Pflichtaufgaben des Bundes! Die in Berlin und Potsdam lachen schon über uns. Das ist die Schuld der Staatsregierung.

Die Grenzsicherung ist und bleibt Bundessache. Die bayerische Polizei hat entsprechende Leistungen lediglich auf Anforderung des Bundes und in Vorleistung zu erbringen. Die Argumentation der CSU, die Bundespolizei müsse nur aktiv werden, wenn sie selbst Personal bereitstelle, greift zu kurz.

Wir fordern daher, dass die Staatsregierung endlich aktiv wird. Die Kosten müssen gegenüber dem Bund klar geltend gemacht werden. Rechnungen müssen übermittelt werden; ich zahle auch das Porto. Verhandlungen, wie es in Zukunft weitergehen soll, müssen geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Daniel Artmann.

Daniel Artmann (CSU): Hochgeschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier – über diesen hochgezogenen Antrag haben wir bereits zweimal ausführlich im Haushaltsausschuss diskutiert. Wir haben sogar gemeinsam einen Prüfauftrag an das Innenministerium erteilt, und es wird im kommenden Jahr dazu berichten.

Fakt ist doch, dass in der Vergangenheit die Bundespolizei allein leider nicht in der Lage war, die Außengrenzen Deutschlands und damit auch Bayerns so zu kontrollieren, wie wir sie aus dem bayerischen Sicherheitsverständnis heraus kontrolliert haben wollen. Die Lücke, die entstanden ist, hat die Bayerische Grenzpolizei seit ihrer Wiedereinführung grandios geschlossen. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Ministerpräsident hat es heute schon gesagt: Seit der Gründung hatten wir 120.000 Fahndungstreffer. Allein im vergangenen Jahr wurden 1.100 Haftbefehle vollstreckt, 680 Kilogramm Rauschgift sichergestellt und über 1.000 Waffen und Sprengstoffdelikte vereitelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind eben nicht nur trockene Statistiken. Es ist auch nicht so, dass wir die Bayerische Grenzpolizei deshalb brauchen, weil wir sie uns einfach gönnen wollen. Es sind die Zahlen, die beweisen, dass die Polizistinnen und Polizisten unserer Grenzpolizei tagtäglich dazu beitragen, dass wir unseren Bür-

gerinnen und Bürgern in Bayern dieses hohe Sicherheitsniveau gewährleisten können. Dafür ist unsere Grenzpolizei verantwortlich; deshalb ist sie es uns wert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist nicht ohne Grund das sicherste Bundesland. Das beweist, dass der Beschluss zur Wiedererrichtung der Bayerischen Grenzpolizei – der Mehrwert, den wir uns gönnen – Früchte trägt. Man muss einfach sagen, dass in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern und dem Bund die Sicherheit an oberster Stelle steht. Die Kriminalitätsstatistik gibt uns recht. Wenn unsere Bayerische Grenzpolizei ergänzend – ergänzend, lieber Harry Scheuenstuhl; darüber haben wir auch im Ausschuss diskutiert – zu den von der Bundespolizei geforderten Unterstützungsleistungen eigenständig aktiv wird, können wir diese Leistungen natürlich nicht gegenüber dem Bund abrechnen. Aber ich glaube, wir sind uns einig, dass die Erfolge der Bayerischen Grenzpolizei für sich sprechen und dass jeder Euro und jeder Cent hierfür es wert ist.

Aus diesem Grund werden wir an der Bayerischen Grenzpolizei festhalten. Wir werden sie ausbauen. Wir werden daran festhalten, dass die Grenzpolizei so aktiv sein kann. Gleichwohl hoffen wir natürlich – die Zahlen zeigen es auch – auf den neuen Bundesinnenminister. Er hat gut vorgelegt. Wir haben ein neues Bundespolizeigesetz, das der Bundespolizei neue Möglichkeiten verschafft. Wir investieren auch bei der Bundespolizei in Personal. Nichtsdestoweniger müssen wir dafür sorgen, dass zum jetzigen Zeitpunkt unsere Binnengrenzen sicher sind, dass wir über die Schleierfahndung und insgesamt den höchstmöglichen Standard an Sicherheit in Bayern weiter gewährleisten können. Wir werden weiter daran festhalten, dass wir unsere Grenzpolizei über die Anforderungen der Bundespolizei hinaus einsetzen, um die Sicherheit unserer Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie hatten noch das Thema Flughäfen angesprochen. Hierzu muss man ganz deutlich sagen, dass wir ein gutes Auskommen zwischen der Bundespolizei und der bayerischen Landespolizei haben. Wir haben die Flughäfen in Memmingen und Nürnberg. Tatsächlich übernimmt die Bundespolizei aber auch landespolizeiliche Aufgaben am Flughafen in München. Deswegen sollten wir uns das Ganze sehr ausgewogen anschauen, ob wir nicht einen Nachteil für den Freistaat Bayern erreichen würden, wenn wir hier das Verwaltungsabkommen einseitig aufkündigen würden.

Aus diesem Grund haben wir den Prüfauftrag erteilt. Der Kollege Pohl nickt. Ich glaube, da waren wir uns alle im Ausschuss einig. Deswegen wundert mich jetzt auch dieser Hochzieher heute. Das Innenministerium wird nächstes Jahr hierzu berichten. Aus diesem Grund ist Ihr Antrag heute abzulehnen; denn der Prüfauftrag wurde bereits vom Haushaltsausschuss erteilt. Ich glaube, bis dahin ist es notwendig, dass unsere Grenzpolizei weiter ihren Auftrag erfüllen kann, auch über die Anforderung der Bundespolizei hinaus.

Das vielleicht noch ergänzend: Als die Bayerische Bereitschaftspolizei direkt unter der Anleitung der Bundespolizei war, wurden die Kosten dem Freistaat vom Bund erstattet. Alles Weitere darüber hinaus würde zu weit gehen, da wir die Grenzpolizei eigenständig eingesetzt haben. Aus diesem Grund ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Artmann.
– Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Winhart für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, heute gibt es Applaus von rechts. Wir stimmen diesem Antrag selbstverständlich zu, wie wir es auch schon im Ausschuss gemacht haben.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

– Ja, so ist es.

(Michael Hofmann (CSU): Diese Kartellparteien wieder!)

– Das sind ja die Kartellparteien, Herr Hofmann. Wissen Sie, wir haben natürlich schon Bedenken, wenn die SPD mit der linksradikalen Antifa in Verbindung gebracht wird und oft mit ihr Kontakte pflegt. Aber es geht hier schlicht und ergreifend um die Sache.

Wie ist das also normalerweise? – Meine Damen und Herren, ein Handwerker arbeitet ohne Rechnung. Natürlich ist es verdächtig, wenn er keine Rechnung für eine Leistung stellt, die er erbracht hat. Dann steht er im Verdacht der Schwarzarbeit oder was auch immer. Da stellt sich die Frage: Warum stellt die Staatsregierung in diesem Fall keine Rechnung, oder warum hat sie bislang keine Rechnung gestellt? Welcher Kuhhandel steckt dahinter? Warum verzichtet man hier darauf, bayerisches Steuergeld zurückzuholen?

Das ist meiner Meinung nach eigentlich der Kern dieses Antrags. Wir diskutieren heute und in den nächsten Wochen bis in den März hinein über den Haushalt. Es sind nur Millionenbeträge. Aber auch mit Millionenbeträgen kann man das eine oder andere Schwimmbad vielleicht wieder herrichten.

Meine Damen und Herren, wir zahlen aus Bayern mittlerweile Milliarden für den Länderfinanzausgleich, sind aber scheinbar nicht bereit, in Kürze darauf zu reagieren, wenn uns bayerisches Geld durch die Hände gleitet. Das sehen nicht nur wir so, das sieht auch die SPD so, und das sieht vor allem der ORH so. Auf den ORH sollten wir an der Stelle durchaus einmal hören. Der Bericht mag unterwegs sein; auch das ist ja nichts Verwerfliches. Aber den Bericht, meine Damen und Herren, gibt es im nächsten Sommer. Dann vergeht noch einmal ein ganzes Jahr. Bis man irgendwie zu einer vertraglichen Regelung kommt, wird es noch dauern. Das ist deutlich zu lange. Wir

brauchen dieses Geld bald. Wir können es für viele Projekte gut verwenden. Daher ist es in Berlin auf jeden Fall falsch angelegt.

Ich habe neulich, Mitte des Monats, mit dem Kollegen Baumann die Grenzpolizeiinspektion in Raubling besucht und mich von der Arbeit überzeugen lassen. Ich habe mir auch einmal von den Beamtinnen und Beamten aufzeigen lassen, wie die Bayerische Grenzpolizei agiert, wie kriminelle Ausländer aufgegriffen werden, wie Drogenhandel unterbunden wird, wie unsere Grenzen zusätzlich zur Arbeit der Bundespolizei gesichert werden und welche Aufgaben die Bayerische Grenzpolizei über die ihr vom Freistaat Bayern aufgetragenen Aufgaben hinaus noch übernimmt, beispielsweise an den Flughäfen in Memmingen und Nürnberg.

Wichtig ist hier zu wissen, dass wir ein sogenanntes Memorandum of Understanding, eine Absichtserklärung unterschrieben haben. Scheinbar hat man hier vergessen, vertragliche Regelungen zu konkretisieren, wie man sie früher in einem Vertrag der alten Bayerischen Grenzpolizei schlicht und ergreifend hatte. Da müssen wir wieder hinkommen. Wir stimmen diesem Antrag zu, weil er auch einen Vertrag und eine ganz klare Abrechnung mit Berlin forciert für die Dinge, für die Berlin zuständig ist.

Wir sind wieder beim Thema Konnexität. Es muss sich durchziehen, dass, wenn wir Aufgaben für Berlin übernehmen, wenn wir Berlin unterstützen müssen, Berlin dafür auch zahlen muss. Punkt. – In diesem Sinne vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Scheuenstuhl, wären Sie Jurist, würde ich sagen, Sie sind einer von denen, die als obersten Rechtsgrundsatz verfechten: Wo ein Schaden ist, ist auch ein Anspruch. Allerdings sucht ein normaler Jurist nach einer Anspruchsgrundla-

ge, und wenn er keine findet, wird es schwierig, vom Bund, wie hier in diesem Fall, eine Erstattung zu verlangen.

Herr Winhart, Sie hatten angesprochen, ein Handwerker, der ohne Rechnung arbeitet, habe einen Vergütungsanspruch.

(Andreas Winhart (AfD): Nein, nein!)

Das erinnert mich an einen etwas durchgeknallten Adligen. Ich meine, der Mann heißt René Adelmann von Adelmannsfelden. Er hat, wenn ich es richtig weiß, in jungen Jahren Asylbewerber nach Deutschland geschleust und dann der Bundesrepublik Deutschland eine Rechnung wegen Geschäftsführung ohne Auftrag gestellt. So ungefähr kommt es mir vor, wenn ich jetzt hier eine Einheit der Grenzpolizei aufstelle, weil ich sage, das, was der Bund macht, reicht nicht, und dann will ich das vom Bund erstattet haben. Ich glaube, das funktioniert nicht.

Interessanter wird das Thema bei den Flughäfen. Da ist es tatsächlich so, dass der Bund sich Geld spart, weil wir in Nürnberg und Memmingen die Bayerische Grenzpolizei aufstellen. Ich bin für den Antrag dankbar; denn er gibt mir die Gelegenheit, auch einmal hier dem Hohen Haus zu sagen, dass die bayerische Landespolizei beispielsweise in Memmingen ganz herausragende Arbeit leistet. Übrigens wird der stellvertretende Chef dieser Polizei Landrat im Ostallgäu werden, wenn es nach dem Willen der FREIEN WÄHLER geht. Er ist also auch auf diesem Gebiet sehr brauchbar und tauglich.

Ja, natürlich könnte man sich darüber Gedanken machen, dass wir Geld bekommen, wenn wir für den Bund eine Aufgabe wahrnehmen, wodurch er sich Geld spart, weil er ansonsten Bundespolizisten einsetzen müsste. Aber Kollege Artmann hat schon gesagt, dass wir möglicherweise das gleiche Thema am Münchener Flughafen haben. Da ist der Kreativität übrigens Tür und Tor geöffnet. Wir können vielleicht mal mit dem Bund reden. Der Kollege Weidenbusch hat einmal in der letzten Legislaturperiode an-

gesprochen, dass wir auch den Münchener Flughafen mit bayerischer Polizei betreiben. Dann muss natürlich Geld fließen. Das ist klar.

Ansonsten haben wir einen Beschluss im Haushaltsausschuss gefasst. Dieser Beschluss des Haushaltsausschusses läuft auf eine Evaluierung hinaus. Dann werden wir sehen, wer per saldo wem etwas zu bezahlen hat. Wir sind keine Staatsregierung, die Geld zum Fenster hinausschmeißt. Wir unterscheiden uns deutlich und wohltuend vom Land Berlin, wo zumindest in der Vergangenheit alles Mögliche mit horrenden Geldern gefördert wurde, ob es sinnvoll war oder nicht. Wir halten das Geld zusammen. Deswegen ist unsere Haushaltssituation auch bundesweit einzigartig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kollege Scheuenstuhl, wenn Sie dieses Thema jetzt auf die Tagesordnung setzen, kann ich Ihnen sagen, dass das zur Unzeit geschehen ist. Manchmal bestraft das Leben nicht nur den, der zu spät kommt, sondern auch den, der zu früh kommt.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Heute werden wir Sie mit der Ablehnung Ihres Antrags bestrafen. Ich sage es aber gleich: Irgendwann wird die Rechnung gemacht werden, und dann werden wir sehen, wo wir landen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass ich die Gelegenheit habe, der Bayerischen Grenzpolizei noch einmal meinen Dank auszusprechen. Ihr sorgt für die Sicherheit der Menschen in Bayern. Ihr sorgt beispielsweise am Flughafen Memmingen dafür, dass das Aufkommen von 3,6 Millionen Passagieren pro Jahr reibungslos abgewickelt werden kann, übrigens auch sehr viele Flüge mit Menschen, die als Migranten zu uns kommen oder ausreisen. Auch hier hat sich dieser Flughafen eine tolle Expertise erarbeitet. Wir sind sehr froh, dass die bayerische Polizei das macht. Wenn dabei am Ende sogar noch Geld für uns herauskommt, freuen wir uns.

Herr Scheuenstuhl, Sie sind Ihrer Zeit etwas voraus und befinden sich möglicherweise auch auf der falschen Spur. Das werden wir sehen und abwarten. Danke für den Antrag. Wir werden diesen wohlwollend ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Harry Scheuenstuhl von der SPD vor.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Dass ich auf der richtigen Spur bin, ist schon ein großes Lob. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Michael Hofmann (CSU): Schau mal, was du angerichtet hast!)

Aber ich will eines festhalten: Ich habe nie gesagt, dass die Polizei nicht arbeitet. Das ist nicht bestritten worden. Es werden Aufgaben erfüllt. Es ist auch genannt worden, dass es Erfolge gibt.

Für mich stellt sich die Frage: Waren auch Aufgaben dabei, die auf Anforderung des Bundes durchgeführt wurden? Man muss doch zumindest die Kosten für die Fälle abrechnen, bei denen man vom Bund angefordert worden ist. Warum schreibt man für diese Fälle keine Rechnung?

Wenn ich mir anschaue, was in den Kommunen in meinem Wahlkreis alles abgelehnt wird, weil kein Geld mehr als freiwillige Leistung zur Verfügung steht, frage ich mich, ob man es beim Bund überhaupt probiert hat. Aber das können Sie mir jetzt mit Sicherheit beantworten. Hat man versucht, den Bund dazu zu bewegen, seine Aufgaben besser zu erfüllen, wie es gerade in den Raum gestellt wurde?

(Michael Hofmann (CSU): Seit der letzten Bundestagswahl wird es besser!)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Scheuenstuhl, ich bin ein großer Freund des Eishockey-Sports. Bei diesem gibt es die Verlängerung, und in der Verlängerung gibt es das Prinzip des Sudden Death. Diesen erleiden Sie jetzt; denn ers-

tens gab es eine SPD-Bundesinnenministerin namens Nancy Faeser, die auch ganz automatisch bezahlen hätte können. Man ist ja unter Freunden. Es gibt sogar eine Bundestreue, bei der man gegenseitig Rücksicht nehmen muss. Frau Faeser musste das nicht tun. Aber dass das Land dem Bund in Sicherheitsfragen Anweisungen erteilen könnte, ist zweitens in der Tat eine abenteuerliche Vorstellung, Herr Kollege. Damit kann ich Ihnen leider keine Freude machen. Das ist eine völlige Verkehrung des Bund-Länder-Verhältnisses im Grundgesetz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erfolg der Schleierfahndung in Bayern steht außer Frage. Das subjektive Sicherheitsgefühl, das entsteht, wenn verkündet wird, man hat eine eigene Grenzpolizei, und man diese auch sieht, steht ebenfalls außer Frage. Darum geht es aber bei diesem Antrag überhaupt nicht. Der ORH moniert, dass die Kosten für Aufgaben, für die eigentlich der Bund zuständig ist, die aber von Bayern erledigt wurden, nicht in Rechnung gestellt wurden. Es geht um 87,5 Millionen Euro Personalkosten. Das ist durchaus kein Pappenstiel. Der Aufbau der Grenzpolizei hat von 2018 bis 2023 ungefähr 53 Millionen Euro gekostet. Der ORH schreibt ganz klar, es geht nicht um die Schleierfahndung und die Grenzpolizei an sich, sondern nur um die Kostenerstattung. Von 2016 bis 2019 wurden die Kosten auch erstattet. Nur 2021 und 2023 wurden keine Kosten geltend gemacht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat da regiert? – Michael Hofmann (CSU): Da haben Sie regiert!)

– In Bayern hat eigentlich immer die CSU regiert. Schade, dass ich Sie daran erinnern muss, aber das ist leider so.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In Berlin!)

Es gibt eine Anspruchsgrundlage aus einem Verwaltungsabkommen für die Grenzen. Sie haben behauptet, es gebe keine Anspruchsgrundlage.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das habe ich nicht gesagt!)

Das Verwaltungsabkommen wäre da. Daher verstehe ich das Verhalten der Staatsregierung überhaupt nicht. Im Ausschuss klangen alle Beiträge von Ihnen nach faulen Ausreden. Heute hat es ein bisschen anders geklungen: Man könne einmal schauen und es probieren, dann würde man es schon sehen. Ich hatte bis jetzt das Gefühl, das sind alles Ausreden. Sie haben auch im Ausschuss herumgeeiert, vielleicht bekomme man dann etwas anderes nicht ersetzt. Sie sollen keine Ausreden suchen, sondern dafür sorgen, dass die Rechnung gestellt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber der Clou in der Ausschusssitzung des Haushaltausschusses war, dass Sie aus dem Beschlussvorschlag des Obersten Rechnungshofes herausgenommen haben, dass eine Kostenübernahme geprüft wird, also das Ministerium dem ORH folgen und schauen soll, ob es Grundlagen und Möglichkeiten dafür gibt, diese hohen zweistelligen Millionenbeträge geltend zu machen. Aus diesem Grund haben wir uns gesagt, das kann echt nicht sein. Ich nehme an, das ist auch der Grund, warum die SPD den Antrag zur Beratung im Plenum hochgezogen hat. Über den Beschlussvorschlag, der die Evaluation und die Prüfung beinhaltet, ob man etwas geltend machen kann, hätten wir uns gerne mit Ihnen geeinigt. Aber wenn Sie die Prüfung auch noch herausstreichen lassen, bin ich nicht dabei.

Ich verstehe es auch nicht; denn sonst sind Sie so scharf darauf, vom Bund Geld zu bekommen. Wir diskutieren ganz oft, wer was zahlen soll. Jede Woche gibt es

im Bayerischen Landtag einen Begrüßungsantrag an den Bund. Die CSU müsste nur mit ihrem CSU-Innenminister Dobrindt reden. Bei so einem wichtigen Thema, Polizei und Grenzpolizei, muss meiner Meinung nach Ordnung herrschen. Es muss klar sein, wer zahlt und wer zuständig ist. Ich habe mir den Sachverhalt mehrmals genau angesehen. Er war schon einmal auf der Tagesordnung und ist dann vertagt worden. Wir schließen uns der Auffassung der SPD an, dass die Leistungen, die die Bayerische Grenzpolizei für die Grenzsicherung erbringt, vom Bund bezahlt werden müssen. Dazu muss der Freistaat eine Rechnung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Sandro Kirchner das Wort.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank an die Vorredner, die bereits sehr ausführlich festgestellt haben, dass der Freistaat Bayern nicht nur Verantwortung für die Sicherheit in Bayern, sondern natürlich Verantwortung für Deutschland und für die Sicherheit auch in ganz Europa übernimmt. Er gewährleistet nicht nur die innere Sicherheit bei uns in Bayern, sondern sorgt mit unserer Bayerischen Grenzpolizei natürlich für mehr Sicherheit in ganz Deutschland und in Europa.

Kollege Artmann und Herr Pohl haben aufgeführt, worum es im Konkreten geht. Es gab einen Beschluss im Haushaltsausschuss, dass der Freistaat Bayern – insbesondere das Innenministerium – prüfen soll, ob eine Kostenübernahme durch den Bund stattfinden soll. Das war am 30. November. Wir haben diesen Auftrag sehr ernst genommen, nehmen den an und versuchen, gründlich und differenziert zu prüfen, ob wir das weitergeben können.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, das Gegenteil ist der Fall!)

– Frau Köhler, ich weiß nicht, woher Sie genommen haben, dass das gestrichen worden ist. Ich habe gerade noch einmal in dem Beschluss nachgelesen, der auch druckgelegt ist. Da steht ausdrücklich drin, dass geprüft werden soll. Also, bitte bilden Sie hier keine Mär und stellen keine Legende auf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Wenn sich das Parlament ernst nimmt, sollte es erst einmal abwarten, bis das Ergebnis dieses Prüfauftrags vorliegt, anstatt vorzugreifen, heute mit diesem Auftrag an die Öffentlichkeit zu gehen und eine ganz andere Meinung zu vertreten, obwohl wir noch gar keine Grundlage dafür haben, ob es sinnvoll ist oder nicht. Deswegen bitte an der Stelle etwas mehr piano, ein bisschen das Wasser stillhalten und sich zurückhalten; dann werden wir sehen, wie wir weitergehen können.

Wichtig ist aber auch, was angesprochen worden ist – Frau Köhler, das war für mich an der Stelle nicht so ganz ersichtlich –: Auf der einen Seite haben Sie gelobt, wie toll es ist, dass wir eine Bayerische Grenzpolizei haben. Sie haben festgestellt, dass der Landtag mit großer Mehrheit die Grenzpolizei ins Leben gerufen hat. Wir waren uns auf der anderen Seite bewusst, dass das auch mehr Geld kostet, weil damit auch ein Stück weit mehr Sicherheit für die Menschen in Bayern verbunden ist. Diese Sicherheit ist es uns auch wert, dass wir dieses Geld investieren, weil es eben auch eine staatliche Kernaufgabe ist.

Kollege Artmann hat die Statistik aufgeführt, wie die Trefferquote liegt. Ich kann ganz nüchtern feststellen, dass diese Grenzpolizei genau bei der grenzüberschreitenden Kriminalität, bei der illegalen Migration und eben auch bei den steigenden Anforderungen an die Sicherheit dieses Mehr an Sicherheit bei uns erbringt. An der Landesgrenze zu Österreich und zu Tschechien wird hervorragende Arbeit geleistet wie auch an den Flughäfen, die wir eben mit dieser Bayerischen Grenzpolizei kontrollie-

ren, da für die Sicherheit sorgen, in Nürnberg und Memmingen, und damit auch dort unsere Außengrenzen schützen.

Bei der Bayerischen Grenzpolizei haben wir Strukturen geschaffen, wo der Bund und die EU zu diesem Zeitpunkt und vielleicht auch heute immer noch nicht über ausreichende Strukturen verfügen. Die Entscheidung für diese Bayerische Grenzpolizei stellt sich heute mehr denn je als richtig und auch als notwendig heraus.

Ich weiß nicht, ob es politisch gut ist, an dieser Stelle die Debatte so zu führen, wie wir sie heute zeitweise wahrgenommen haben, da eine Debatte über die Gegenseitigkeit ein Stück weit diese Sicherheit gefährdet und in Abrede stellt, weil eingespielte Sicherheitsstrukturen dadurch auch gegenseitig in Abrede gestellt werden. Gerade an den Flughäfen, die angesprochen worden sind, ist das für uns sehr kritisch und auch sehr schwierig zu betrachten, weil damit eine Frage der Leistung in eine andere Richtung verbunden ist, da der Bund am Flughafen München Leistungen für den Freistaat Bayern erbringt. Das sollte man nicht gegenseitig aufwiegen.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir werden den Prüfauftrag sehr ernst nehmen und das Ganze entsprechend abwägen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir weiterhin sehr eng mit dem Bund zusammenarbeiten, wo es notwendig ist und gut funktioniert. Sicherheit ist auch keine buchhalterische Frage, sondern ein Privileg für die Menschen in Bayern. Diese Sicherheit stellen wir an dieser Stelle auch fest.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung stammt von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Erklärungen. Nur noch einmal zur Bestätigung: Habe ich richtig verstanden, dass Sie den kompletten Beschlussvorschlag des ORH mitgenommen haben und den kompletten Beschluss-

vorschlag so umsetzen werden? Da steht auch drin, die Kostenübernahme zu prüfen.
Auch das werden Sie umsetzen?

(Michael Hofmann (CSU): Das, was wir im Haushaltsausschuss beschlossen haben!)

– Moment, das soll nicht Herr Hofmann beantworten, sondern der Herr Staatssekretär.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist ja lächerlich!)

Der Antrag wurde heute hochgezogen, weil der Beschlussvorschlag eben geändert wurde. Jetzt haben Sie gerade etwas anderes erklärt. Meine Frage ist: Sie prüfen auch die Kostenübernahme? Haben Sie den Beschlussvorschlag, wie ihn der ORH vorgeschlagen hat, zur Umsetzung mitgenommen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das haben wir doch gar nicht gesagt! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Köhler. – Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Ich habe Ihnen geantwortet, dass die beiden Vorredner – Herr Pohl und Herr Artmann – darauf hingewiesen haben, dass es einen Beschluss des Haushaltsausschusses gibt. Auf diesen Beschluss habe ich mich bezogen; den habe ich mir gerade noch einmal durchgelesen. Sie hatten behauptet, dass dort das Prüfen herausgestrichen worden sei. Wir prüfen dort die Kosten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Harry Scheuenstuhl, SPD.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Staatssekretär, es ist keine Erfindung der SPD oder sonst jemandes, sondern das ist der ORH. Wir beauftragen gemeinsam: Prüft das, schaut einmal nach. Der hat einen ganz anderen Text gehabt; das wollen wir hier auch nicht vertiefen. Ich glaube aber schon, dass man das ernst nehmen sollte.

Ich muss an der Stelle auch sagen: Mir ist egal, wer in Berlin Innenminister ist.

(Zuruf: Echt?)

– Ja, mir ist das egal, denn es geht hier um bayerische Geschichten. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung von vielen CSUern, die immer da vorne stehen und sagen: Macht das endlich. – Das wäre auch zur Wahrheitsfindung oder Gerechtigkeitsfindung – egal wie man es auch bezeichnen will, ich bitte, das nicht als persönlichen Angriff zu sehen – gut, wenn wir denen eine Rechnung schicken und die schreiben uns dann, warum sie nicht zahlen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, aber die Kollegin Schorer-Dremel hat vorhin gesagt, in der Wiederholung liegen der Lerneffekt und der Erfolg: Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass es den Beschluss des Haushaltsausschusses gibt, dass man diese Dinge prüfen soll. Wenn das Ergebnis vorliegt, können wir auch entsprechend entscheiden und vielleicht auch diskutieren.

An der Stelle sind Sie aber doch selbst voreilig und der Sache voraus. Das hat Kollege Pohl vorhin auch gesagt. Sie greifen einem Ergebnis vor, das es noch gar nicht gibt. Insofern liegt es nicht an der CSU, Herr Scheuenstuhl, sondern an der SPD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Kirchner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD. Gegenstimmen! – CSU und FREIE WÄHLER. Stimm-enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorhin durchgeföhrten Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültige Stimme. Auf Frau Abgeordnete Ramona Storm entfielen 25 Ja-Stimmen und 125 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Damit hat Frau Abgeordnete Ramona Storm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorhin durchgeföhrten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 6, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 148 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültige Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Dieter Arnold entfielen 24 Ja-Stimmen und 123 Nein-Stimmen. Der Stimme hat sich ein Abgeordneter enthalten. Damit hat der Abgeordnete Dieter Arnold nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich noch das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Tages-

ordnungspunkt 7, bekannt. Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. An der Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 24 Ja-Stimmen und 124 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Benjamin Nolte nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist. Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Wie bereits bekannt gegeben, entfallen die Tagesordnungspunkte 12, 14 und 15.